



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 7/14

I. Das Wichtigste zuerst

1. Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur

Gleich zu Beginn der Sitzung stellte sich Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt unseren Fragen, nachdem er die Vorhabenplanung in der 18. Legislaturperiode vorstellte. Der zweite Teil der Klausurtagung hatte den **Bundesverkehrswegeplan** und die **digitale Infrastruktur** zum Schwerpunkt.

Bundesverkehrswegeplan (BVWP): Das Ministerium stellte die Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 sowie den Zeitplan vor und gab einen Überblick über den Stand der Anmeldungen. Der Grundkonzeption, die die zentralen Leitlinien für den BVWP vorgibt, folgend werden die zukünftigen Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur festgelegt. Der nächste Schritt wird sein, im Frühjahr 2014, also demnächst, eine aktualisierte Verkehrsprognose (für das Jahr 2030) zur Verfügung zu stellen. Nach Abschluss der Konzept- und Prognosephase beginnt die eigentliche Bewertungsphase mit den Projektanmeldungen (bereits erfolgt; insg. sind etwa 1600 „große“ Projekte angemeldet). Die weitere Planfallrechnung und die Projektbewertung im Rahmen der Nutzen-Kostenanalyse und Umweltbewertungen bilden die Kernaufgabe. Die Konsolidierung und die Veröffentlichung der Projektanmeldungen erfolgen laut Zeitplan demnächst, womit der Startschuss für die Projektbewertungen fallen wird. Die zentrale Herausforderung stellt jedoch die **Priorisierung** bzw. Dringlichkeitseinstu-

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlichen willkommen zur neuen Ausgabe des „Schmidts Berliner Brief“!

Diese Woche begann mit der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verkehr und Digitale Infrastruktur mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und der Diskussion über den geplanten Bundesverkehrswegeplan 2015.

Es fand ein weiteres Treffen der „Gruppe 13“, diesmal mit unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, statt. Über die Einzelheiten der Ziele und Vorhaben unserer noch recht jungen Gruppe werde ich Sie demnächst ausführlicher informieren.

Bereits zum zweiten Mal hielt ich eine Rede im Deutschen Bundestag, diesmal zum Thema UN-Behindertenrechtskonvention. Die Umsetzung der Konvention betrifft rund acht Millionen in Deutschland lebende Menschen mit Behinderung. Es gibt Einiges anzupacken und zu verbessern. Menschen mit Behinderung einen selbstbestimmten Platz in einer barrierefreien Gesellschaft zu geben, ist unser klares Ziel, an dem ich aktiv mitarbeiten werde.

Zu meinen persönlichen Highlights dieser Woche gehörten das Zusammentreffen und die sehr lebhaft Diskussions mit den Schülerinnen und Schülern der Werkrealschule Wehr (S. 4). Über Besuche aus dem Wahlkreis freue ich mich ganz besonders!

Mit sonnigen Grüßen

Ihre

fung der künftigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen dar, die sich an die Projektbewertungen anschließt. Mit der Priorisierungsstrategie zur Aufstellung des Nationalen Prioritätenkonzepts werden Schwerpunkte gesetzt (S. 71, Grundkonzeption/Anlage). Ziel ist dabei die wirtschaftliche und bedarfsgerechte Einsetzung der verfügbaren Finanzmittel. Das Investitionsvolumen wird in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen festgelegt.



Der Entwurf des BVWP soll im Jahr 2015 vorgelegt werden. Vor dem Hintergrund der für die Region fatalen Hinhaltenaktik der Landesregierung in Bezug auf den **Weiterbau der A 98** ist die Öffentlichkeitsbeteiligung von Bedeutung. Wie bereits wiederholt öffentlich gemacht, ist die Haltung der Landkreise, der betroffenen Bürgermeister und der Mandatsträger in Bezug auf den Weiterbau der Autobahn glasklar. Gemeinsam setzen wir alles daran, den Weiterbau voranzutreiben. Bürgerinnen und Bürger sind dazu aufgerufen, sich an der Aufstellung des BVWP zu beteiligen. Bereits zum Entwurf der Grundkonzeption konnte man sich im Rahmen des Online-Konsultationsverfahrens aktiv einbringen. Nach Abschluss der Bewertungsphase, voraussichtlich 2. Halbjahr 2015, richtet das Bundesverkehrsministerium auf seiner Webseite zudem ein „**Projektinformationssystem**“ ein. Über die Möglichkeiten der Beteiligung in den nächsten BVWP-Phasen und den Zeitpunkt werde ich Sie rechtzeitig informieren.



Digitale Infrastruktur/Breitbandausbau: Das ehrgeizige Ziel, bis zum **Jahr 2018** in Deutschland eine **flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu gewährleisten**, wird die Koalition ganz sicher vor Herausforderungen stellen. Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit **von 2 Mbit/s haben**, sollen so schnell wie möglich erschlossen werden. Planung sowie Finanzierung stecken allerdings noch in den Kinderschuhen. Es fängt bereits damit an, dass die zuständige Fachabteilung im Verkehrsministerium sich erst formieren muss. Nächste Woche findet in Berlin ein von mir organisiertes Gespräch im Verkehrsministerium zwischen der für den Bereich der ländlichen Breitbandversorgung zuständigen Abteilung und Verwaltung von Ühlingen-Birkendorf statt. Über den Inhalt des Gesprächs informiere ich Sie gerne im nächsten Berliner Brief.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie vom Bundeskabinett beschlossen

Am 25. März hat unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales eine **erste schriftliche Stellungnahme** an die Bundesministerin Andrea Nahles (SPD) zum Gesetzentwurf abgegeben. Wie bereits in meinem letzten Brief erläutert, sehe ich Nachbesserungsbedarf, insbesondere bei dem Anwendungsbereich des Gesetzes. Wie bereits betont, sollte der allgemeine Mindestlohn für Jugendliche ohne Ausbildung erst ab einer Altersgrenze von 23 Jahren wirken.

Die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose sind mit 6 Monaten viel zu kurz gegriffen, zumal die Gefahr besteht, dass Arbeitnehmer nach der üblichen 6monatigen Probezeit wieder entlassen werden. Daher schlagen wir als Übergangszeit 1 Jahr vor. Orientierungspraktika sollen nicht nur für, sondern auch **während** einer Ausbildung/oder Studium ausgenommen bleiben.

Unter www.der-mindestlohn-kommt.de finden Sie ausführliche Informationen und Grafiken zu dem Tarifpaket.

II. Die Woche im Parlament

1. Meine zweite Rede im Deutschen Bundestag!



©Achim Melde/Deutscher Bundestag

Fünf Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Als Berichterstatterin für das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und damit für das Thema Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung hielt ich meine zweite Rede vor dem Hohen Haus: „Ziel des Übereinkommens ist, die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu fördern, ihre Diskriminierung zu unterbinden und einen Inklusionsprozess in die Gemeinschaft anzustoßen.“

Die komplette Rede können Sie auf meiner Webseite www.gabriele-schmidt.eu nachlesen. Außerdem finden Sie auf der Seite den Link zum Video!

2. Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz): Am Donnerstag haben wir in erster Lesung die Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beraten. Damit bringen wir eines unserer zentralen Wahlversprechen - **die Verbesserungen bei der Mütterrente** - auf den Weg. Die Familienarbeit für vor 1992 geborene Kinder als Beitrag zum Bestand der Rentenversicherung wird in verbesserter Weise anerkannt. Vor allem Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt. Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, wettgleich die Auszahlung aus verwaltungstechnischen Gründen erst später erfolgt, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag.

3. Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes: Der im Januar 2014 vereinbarte bundeseinheitliche Tarifvertrag für die **Fleischindustrie**, der einen Mindestlohn für alle Mitarbeiter in dieser Branche festschreibt, soll auch für entsandte ausländische Arbeitnehmer greifen. Wir nehmen die Branche deshalb in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf.

4. Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia: Bis Dezember 2013 war die Bundeswehr an der EU-mandatierten Ausbildung der somalischen Streitkräfte in Uganda beteiligt. Die zwischenzeitliche Verlagerung nach Mogadischu hatte zu einer Aussetzung der deutschen Beteiligung geführt. Die Ausbildung findet jetzt in einer besonders geschützten Zone am Flughafen von Mogadischu statt. Die Bundesregierung hat beantragt, bis zu 20 Soldaten entsenden zu können. Da Deutschland mit dieser Beteiligung einen wichtigen Beitrag zu Stabilität und Sicherheit in Afrika leisten kann, haben wir der Entsendung in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

III. Sonstiges

Erste Schulklasse in Berlin!



Zwischen zwei namentlichen Abstimmungen im Plenum fand mein erstes Gespräch mit einer Schülergruppe der Werkrealschule Wehr im Deutschen Bundestag statt. Die 24 Schülerinnen und Schüler der Klasse 9b verbrachten eine Woche in der Hauptstadt. Auf dem Programm standen unter anderem eine Stadtführung, die Besichtigung der Anne Frank Ausstellung und natürlich

der Besuch im Deutschen Bundestag. Die Schülerinnen und Schüler hatten großes Interesse an der Autobahn 98. Viele von ihnen leben in Öflingen oder Brennet, so dass sie von der schwierigen Verkehrslage unmittelbar selbst betroffen sind. Die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer beteiligten sich sogar mit eigenen Ideen. Nach der Diskussionsrunde konnten die Jugendlichen die Aussicht von der Kuppel des Reichstags genießen.